

**Ergebnisprotokoll
der 20. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung
und Energie vom 07.02.2013**

Beginn: 15.10 Uhr

Ende: 17.10 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat Herr Senator Dr. Lohse
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion Herr Liess
Herr Gottschalk
Herr Sulimma
Frau Kennard
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Herr Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schaefer

Die Linke Herr Arndt

II Verwaltung

Herr Dr. Sünemann
Frau Zimmermann
Frau Kleemann
Herr Eickhoff
Frau Urban
Herr Polzin
Frau Kamp
Herr Viering
Herr Dr. Lampe
Herr Koldehofe
Herr Lübbling
Frau Pieper
Herr Gellhaus
Herr Bürger

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

ASV
GeoInformation

III Gäste

Herr Oertel
Herr Eilers
Gotthard Raab

Naturschutzbeirat
Beiratssprecher Mitte / Östliche Vorstadt
Bürgerinitiative "Bremer Bunker Braun-
schweiger Straße"

IV Gastdeputierte

Frau Metschies	SPD
Herr Hamann	SPD
Herr Jägers	SPD
Frau Dr. Schierenbeck	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Saffe	Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 20. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
--------------	-------------------------------------	--

Tischvorlagen liegen zu den folgenden TOP vor:

TOP 7 Erhalt von Straßen, Wegen und Plätzen

TOP 8 Solarpotenzialanalyse für Bremen

TOP 9a Bericht zum Umgang mit dem Bunker in der Braunschweiger Straße

TOP 9d Baumfällungen in der Berliner Straße und in der Humboldtstraße im Ortsteil Steintor

TOP 9e Rückschnitt der Platanen zwischen der Stephanibrücke und der Bürgermeister-Smidt- Brücke sowie über die vorgesehenen weiteren Planungsschritte

TOP 9f Sachstandsbericht zur Verbesserung der Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer

Die TOP 9c, 9d, 9e werden gemeinsam aufgerufen.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 18/19 der Sitzung am 10.01.2013)	
--------------	---	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

- einstimmig -

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Siehe Protokoll der 19. Sitzung der staatlichen Deputation vom 07.2.2013

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

- einstimmig -

TOP 4	Bebauungsplan 2441 zur Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplans 8 für ein Gebiet in Bremen – Huchting zwischen Varreler Bäke und Brokhuchtinger Fleet, nördlich der Eisenbahnstrecke Bremen-Oldenburg - Planaufstellungsbeschluss -64- / -FB 01-	Vorlage 18/206
-------	---	-------------------

Herr Imhoff erklärt, dass seine Fraktion die Aufhebung nicht unterstütze. Es fehlen Baumöglichkeiten für Familien mit Kindern, um diese in Bremen zu halten. Brokhuchting sei das letzte größere Baugebiet, das dementsprechende Möglichkeiten geboten hätte.

Herr Pohlmann erinnert daran, dass seit Jahren die Möglichkeit bestanden habe, dort Wohnbebauung umzusetzen, dass der Bauträger dies aber – mangels Nachfrage- bisher nicht getan habe. Zudem solle vorrangig auf eine Innenentwicklung gesetzt werden.

Herr Imhoff stellt richtig, dass in Brokhuchting nicht mangelnde Nachfrage das Problem gewesen sei, sondern dass die Projektgesellschaft dieses Gebiet aus unbekanntem Gründen nicht entwickeln konnte. Er bemängelt, dass im Entwurf des neuen FNP dieses Gebiet bereits als Naturschutzgebiet ausgewiesen sei. Dies greife einer vernünftigen Diskussion vor.

Frau Dr. Schierenbeck weist darauf hin, dass sich die gesellschaftliche Realität dahin entwickelt habe, dass Menschen lieber in der Stadt wohnen und nicht mehr aufs Land ziehen wollten. In einigen Umlandgemeinden ließen sich Häuser bereits nicht mehr verkaufen. Die in der Wohnungsbaukonzeption ausgewiesenen Flächen für 1400 Wohnungen im Jahr würden völlig ausreichen. Daher sei es richtig, Flächenplanungen, die nicht benötigt werden, aufzuheben.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Varreler Bäke und Brokhuchtinger Fleet, nördlich der Eisenbahnstrecke Bremen - Oldenburg ein Bebauungsplan (Aufhebungsplan) aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

- Gegen die Stimmen der Fraktion der CDU -

TOP 5	Sanierungsgebiet „Waller Heerstraße“ Straßenraumaufwertung Osterfeuerbergstraße -ASV- / -7-	Vorlage 18/208
-------	---	-------------------

Herr Pohlmann begrüßt, dass ein weiterer Teilschritt nun realisiert werden könne. Die Planungen seien unter breiter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und mit Zustimmung des Beirats erfolgt. Gleichwohl vermisse er Maßnahmen für den Bereich Dietrichstraße und Burchardstraße. Er möchte wissen, ob diese zumindest langfristig noch erfolgen.

Frau Urban erläutert, dass der Beirat im März 2012 den Beschluss gefasst habe, sich vorrangig der Osterfeuerbergstraße zu widmen. Es gebe jedoch noch Mittel auch für andere Bereiche in der Größenordnung von 200.000 €. Es bestünden zurzeit noch Überlegungen über Querschnittstrukturen am Waller Ring oder Osterfeuerberger Ring nachzudenken. Es sei zu klären,

welche Maßnahmen Vorrang haben. Von Seiten der Stadtentwicklung sei als ein nächster Schritt eine Aufwertung des Bereiches Burchardstraße durchaus wünschenswert.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Durchführung und der Finanzierung der Maßnahme zu.

- einstimmig

TOP 6	STRASSEN BENENNUNGEN Gisela-Müller-Wolff-Straße u.a. -ASV-	Vorlage 18/213
-------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Bau und Verkehr (S) nimmt die Vorschläge zur Kenntnis und beschließt deren Weiterleitung an den Senat.

- einstimmig -

TOP 7	Erhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen -ASV-	Vorlage 18/214
-------	--	-------------------

Herr Strohmann möchte wissen, nach welchen Kriterien die Radwegsanierung erfolge, ob die Beiräte beteiligt würden und wer in der Arbeitsgruppe Radverkehr vertreten sei.

Frau Pieper erklärt, dass die AG Radverkehr festlege, in welcher Reihenfolge die Sanierung erfolge. Darin seien neben dem ASV die Polizei und weitere Behörden sowie der ADFC vertreten.

Herr Liess fragt nach der weiteren Umsetzung der Maßnahmen Turnerstraße und Busbahnhof Blumenthal, da die Vorlage zu entnehmen sei, dass die Mittel dafür im Sinne einer Liquiditätssteuerung nicht genutzt werden, also diese Mittel in 2013 nicht benötigt werden.

Frau Pieper betont, dass beide Maßnahmen nach wie vor geplant und umgesetzt werden sollen. Dies ginge jedoch langsamer voran als geplant, so dass Mittel bereits eingeplant, aber noch nicht benötigt worden seien. Der Beirat habe der Maßnahme Turnerstraße jetzt auch zugestimmt. Voraussichtlich werde im April der Deputation dazu eine Vorlage vorgelegt. Ein Baubeginn Ende des Jahres werde derzeit angestrebt. Zum Busbahnhof Ständer werde die Bau-deputation voraussichtlich im August mit der Vorlage begrüßt, um im nächsten Jahr mit dem Bau dort beginnen zu können.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Durchführung und der Finanzierung der Maßnahmen zu.

- einstimmig -

TOP 8	Solarpotenzialanalyse für Bremen -2-	Vorlage 18/218
-------	---	-------------------

Herr Gellhaus stellt die Planung mittels Vortrag und PowerPoint- Präsentation vor.

Herr Senator Lohse bedankt sich für den Vortrag. Die im Klima- und Energieprogramm 2020 vom Jahr 2009 gesetzten Ziele seien im Bereich Photovoltaik bereits heute übertroffen. Für Bremen sei es wichtig, neben dem weiteren Ausbau der Windenergie, auch die Photovoltaik (PV) systematisch voran zu bringen.

Herr Saffe sieht den Vorteil der PV darin, dass sie dezentral und für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einsetzbar sei.

Herr Strohmann begrüßt die Schaffung eines Solarkatasters. Er mahnt jedoch, darauf zu achten, dass die Umsetzung nicht an Immobilien Bremen scheitere.

Herr Gottschalk fragt nach, ob der künftig vermehrt anstehende Beratungsbedarf abgedeckt werden könne. Außerdem möchte er wissen, ob die Frage der Finanzierung über verlinkte Werbung rechtlich einwandfrei wäre.

Herr Hamann bedankt sich für den Vortrag, der ihm sehr gut gefallen habe. Nach Diskussionen in Bremerhaven über den Datenschutz bittet er darum, eine Stellungnahme der Datenschutzbeauftragten für Bremen einzuholen und den Deputierten vorzulegen.

Frau Dr. Schierenbeck erinnert an ihr Anliegen zum Wärmeatlas und möchte wissen, ob die Laserscannerdaten ebenfalls dafür genutzt werden können.

Herr Arndt berichtet, dass es in Hemelingen gelungen sei, im Rahmen eines Vorhaben- und Erschließungsplanes für die Errichtung von Solaranlagen festzulegen. Dies könne als Vorgabe auch in künftige Bauleitplanverfahren einfließen.

Herr Eichhorn berichtet, dass neben den Beratungen der Installationsbetriebe eine neutrale Beratung durch den BUND und durch das swb- Kundencenter im Auftrag des Umweltressort und der Energiekonsens erfolge. Über die bestehenden vertraglichen Vereinbarungen sei es möglich, flexibel auf steigenden Beratungsbedarf zu reagieren.

Frau Kamp erläutert, dass hinsichtlich der Kooperationspartner Sponsoring- Richtlinie eingehalten werde.

Herr Gellhaus führt ergänzend aus, dass auf der Grundlage der Erfahrungen in Bremerhaven mit dem hauseigenen Datenschutzbeauftragten eine datenschutzrechtlich tragfähige Einigung erzielt worden sei. Beispielsweise sei auf den umstrittenen Wirtschaftlichkeitsrechner verzichtet worden.

Daten hinsichtlich der Gebäudevolumina zur Nutzung für den Wärmeatlas ließen sich aus den bestehenden bzw. aktuell in Erarbeitung befindlichen Daten ableiten.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht zum Stand der Vorarbeiten für ein Solarkataster für Bremen zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der Ausschreibung eines Solarkatasters für Bremen zu und nimmt die Finanzierung zur Kenntnis.

- einstimmig-

TOP 9	Berichte der Verwaltung	
TOP 9a)	Bericht zum Umgang mit dem "Bunker" in der Braunschweiger Straße -63-	BdV schriftlich

Herr Arndt weist darauf hin, dass die ausführende Firma die gleiche sei, die einen Bunker in Münster abgerissen habe, wobei unvorhergesehenerweise Betonbrocken abstürzten und anliegende Gebäude beschädigt haben. Im Bereich um den Bunker in der Braunschweiger Straße bestehe der Untergrund zudem aus Aufschüttungen. Er befürchte daher erhebliche Schäden an den Immobilien. Er bittet darum, der Anwohnerinitiative Rederecht zu erteilen.

Herr Senator Lohse schlägt vor, sowohl der Anwohnerinitiative als auch dem Beirat Gelegenheit zu geben, ihre jeweilige Position darzulegen.

Herr Raab stellt die Sicht der Anwohnerinitiative dar. Die Firma, die den Abriss in der Braunschweiger Straße ausführen sollte, sei für einen Bunkerabbriss in Münster verantwortlich, bei dem es zu Schäden an Nachbargebäuden gekommen war, u. a. durch herabstürzende Betonbrocken.

Es werde davon ausgegangen, dass durch diesen Abriss gravierende Schäden an den umliegenden Häusern verursacht werden. Bereits bei Rammarbeiten in der Hamburger Straße in 2003/2004 seien erhebliche Schäden an Häusern in der Celler Straße entstanden. Es müsse geprüft werden, ob es nicht anwohnerverträglichere Lösungen gebe, beispielsweise ein Umbau des Bunkers. Es sei ein Beweissicherungsverfahren zugesagt worden, hierzu sei aber noch nichts Näheres bekannt. Die Schadensdarstellung werde immer bagatellisiert. In Münster seien weit mehr Schäden entstanden, als der Presse zu entnehmen gewesen sei. Auch bei einem Bunkerabbriss in der Lübecker Straße sei von Rissen in einer Länge von 20 cm die Rede. Betroffene würden aber Anderes berichten. Es bringe mehr, die Leute vor Ort zu fragen, als theoretische Gutachten zu erstellen.

Herr Eilers vertritt als Sprecher des Stadtentwicklungsausschusses die Position des Beirats. Dieser habe zu dem geplanten Bauvorhaben eine Art Gestaltungsbeirat initiiert. Im zweiten Schritt sei es dann um den Abriss des Bunkers gegangen und es habe sich sehr schnell herausgestellt, dass für die Anwohner der Abbruch des Bunkers und die Sicherheit eines solchen Vorgangs vorrangig sei. Der Beirat habe sich daher dafür eingesetzt, dass die möglichen Gefahren eines Bunkerabbruchs sehr gründlich von den zuständigen Fachleuten untersucht und von den Behörden geprüft werde. Auch der Abriss selbst müsse sorgfältig überwacht werden. Die Verwaltung nehme die Sorge der Anwohner sehr ernst und werde die Einwendungen der Anwohner im Einzelnen bearbeiten und bewerten. Es sei ein Erfolg der Anwohner, dass dies erreicht worden sei. Es gehe darum, dass die Anwohner bei dem geplanten Abbruch nicht gefährdet werden und dass ihr Eigentum geschützt sei.

Herr Viering erläutert, dass man zuerst über den geplanten Neubau gesprochen habe, da ohne den Neubau der Abriss des Bunkers uninteressant für den Bauträger wäre. Dieser habe sich freiwillig der Diskussion gestellt und die Pläne nach der Veranstaltung im Beirat auch modifiziert. Es folgten mittlerweile zwei Veranstaltungen zur Thematik des Abrisses. Der Grundstückseigentümer habe sich dann zusätzlich bereit erklärt, Sachverständige zu engagieren, die insbesondere auch die im Beschluss des Beirats aufgeworfenen Fragen klären sollten.

Zur **Nachfrage von Herrn Arndt** führt er aus, dass Abbrüche in § 61 Absatz 3 der Bremischen Landesbauordnung geregelt seien. Abbrüchen von kleineren, freistehenden Gebäuden seien beispielsweise anzeigefrei. Für andere Gebäude, unter die ein Bunker falle, sei ein Anzeigeverfahren erforderlich. Die dafür erforderlichen Unterlagen wurden eingereicht und die Fachleute – und Fachbehörden, u. a. das Gewerbeaufsichtsamt, beteiligt. Auch auf Asbest sei geprüft worden. Im Ergebnis wurde dann eine Freigabe erteilt.

Aufgrund der massiven Sorgen der Anwohner habe es eine weitere Veranstaltung mit allen im Verfahren Beteiligten gegeben. Die Fachbehörden werden den Abbruch beobachten und sich falls erforderlich einschalten. Auch die gutachterlichen Fragen seien gewissermaßen unter Behördenaufsicht gestellt. Die Erfahrungen aus Münster seien in die Planung eingeflossen.

Herr Gottschalk betont, dass die Entscheidung des Bauherren, sich dem Beteiligungsprozess zu stellen, weit über das hinaus gehe, wozu er verpflichtet sei. Was aber zu den Sorgen und Befürchtungen beigetragen habe, sei das Beweissicherungsverfahren. Hier sei versäumt worden, darauf hinzuweisen, dass das Beweissicherungsverfahren in erster Linie im eigenen Interesse des Bauherren durchgeführt werde. Das Entscheidende sei, dass man sich des Sachverstandes auch bediene, um einen möglichen eigenen Schaden nachzuweisen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9b)	Gleisumbaumaßnahme Schwachhauser Heerstraße Verbreiterung der Querungsstelle Schwachhauser Heerstraße in Höhe Emmastraße / Buchenstraße -ASV-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und unterstützt die vom Amt für Straßen und Verkehr vorgestellten Maßnahmen.

- einstimmig -

TOP 9c)	Baumfällungen in Hemelingen, am kleinen Stadtwerderwald und in Knoops Park -30-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Die TOP 9c, 9d und 9e werden gemeinsam diskutiert.

In diesem Zusammenhang bitte Frau Dr. Schaefer und Herr Gottschalk um einen jährlichen Bericht über die anstehenden Baumfällungen und Ersatzmaßnahmen durch den UBB.

Frau Dr. Schaefer bedankt sich für die Berichte. Es sei jedoch wichtig, die Öffentlichkeitsarbeit zu optimieren. Ein Hinweis auf die homepage des UBB allein reiche nicht aus, sondern es müssten neben der dringend gebotenen Information der Beiräte die Anwohner über Flyer in den Briefkästen informiert werden. Wichtig sei auch eine Information der Beiräte. Hinsichtlich der Platanen am Deich bittet Sie im weiteren Verfahren und im Rahmen der Machbarkeitsstudie um größtmögliche Transparenz. Der Deichschutz sei wichtig, aber diese Bäume werden im Stadtbild als sehr prägend. Sollte es unumgänglich sein, im Zuge der Deichbaumaßnahmen die Bäume zu fällen, so sollte rechtzeitig geplant werden, wo man in den entsprechenden Straßen einen Ausgleich schaffen könne.

Herr Gottschalk weist darauf hin, dass Baumfällungen zwar einerseits ein Verlust seien, andererseits aber Ersatzpflanzungen die Möglichkeit bieten, geeignete Baumarten im Hinblick auf die Herausforderungen des Klimawandels in der Stadt anzusiedeln.

Herr Saffe bittet darum, Neupflanzungen unbedingt mit Baumschutzbügeln zu versehen. Gerade in der Berliner Straße seinen Beschädigungen durch parkende Fahrzeuge mit für den Verlust der Bäume verantwortlich.

Herr Dr. Lampe verspricht, die Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit dem UBB zu verbessern. Künftig sollen die Ortsämter aktuelle Informationen über geplante Baumfällungen im Ortsteil erhalten. Bei Eilmaßnahmen sei eine frühzeitige Information natürlich nicht möglich. Ausgleichspflanzungen seien nicht immer an Ort und Stelle möglich. Man müsse genau überlegen, welche Baumart sinnvoll erscheine und ob der Ort dauerhaft geeignet sei. Daher erfolgen Ausgleichspflanzungen auch an anderer Stelle. Auch hier sei leider die Information nicht optimal. Er weist darauf hin, dass der Rechnungshof anmahne, in Anbetracht der Haushaltsnotlage die Praxis der Ersatzmaßnahmen und der Pflege des Baumbestandes zu überdenken. Man müsse künftig auch grundsätzlich überlegen, welche Baumarten in die Städte passen, um nicht wieder in wenigen Jahrzehnten vor einer ähnlichen Problematik zu stehen, wie heute hinsichtlich der Robinien und Platanen.

Baumschutzbügel seien aus Sicht des Baumschutzes natürlich sehr zu begrüßen. Grundsätzlich machen Neupflanzungen nur dann Sinn, wenn Anfahrtschäden weitestgehend ausgeschlossen werden.

Die **Anregung von Frau Dr. Schaefer**, Bäume über Patenschaften zu finanzieren sei eine gute Idee.

Herr Koldehofe weist darauf hin, dass dieser Deichabschnitt mitten in der Stadt besondere Maßnahmen erfordere. Das Projekt sei bereits im Dezember im Beirat Neustadt vorgetragen worden. Es gehe nicht um Fällungen, sondern um einen Rückschnitt. Es sei eine Vorgabe technischer Regelwerke, dass Bäume im Falle einer Entwurzelung den Deich nicht in seiner Schutzfunktion beeinträchtigen. Dies sei aktuell nicht mehr gegeben. Unabhängig von den Bäumen belege eine Standsicherheitsuntersuchung des Deiches, dass dieser erneuert werden müsse. Die Planungen für den Umbau werden in einer Lenkungsgruppe unter Federführung des Deichverbandes unter anderem unter Beteiligung von Vertretern der Stadtplanung und des Naturschutzes, erarbeitet. Es stehe wenig Platz zur Verfügung, auf dem eine standsichere Konstruktion entwickelt werden müsse.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9d)	Baumfällungen in der Berliner Straße und in der Humboldtstraße im Ortsteil Steintor -30-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung über die Fällung von Robinien in der Berliner Straße und in der Humboldtstraße zur Kenntnis.

TOP 9e)	Bericht zum Rückschnitt der Platanen zwischen der Stephani- brücke und der Bürgermeister-Smidt-Brücke sowie über die vorgesehenen weiteren Planungsschritte -32-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (Stadt) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9f)	Sachstandsbericht zur Verbesserung der Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer -5-	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Herr Saxe erklärt, dass noch einiges an Anstrengung unternommen werden müsse, um die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele zum Fußgänger- und Radverkehr zu erreichen. Er sieht in dem Bericht einen Maßnahmenkatalog, wie man diese Ziele erreichen könne. Es bestehe aber ein Umsetzungsstau.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10	Verschiedenes	
TOP 10a	Herr Saffe bittet um einen schriftlichen Bericht zum Parken vor der Kunsthalle	

Der Berichtswunsch wird in einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet.

TOP 10b	Frau Neumeyer bittet um einen Sachstandsbericht zur Bürger Brücke .	
----------------	---	--

Der Berichtswunsch wird in einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet.

TOP 10c	Herr Imhoff bittet um einen Bericht zum Sachstand des Abfall-zwischenlagers in Hemelingen	
----------------	--	--

Frau Kamp führt aus, dass der Antrag seit letzter Woche vorliege und nach dem BImSchG bearbeitet werde. Zum Antrag gehöre ein umfangreicher Abfallartenkatalog. Die Bearbeitung werde voraussichtlich etwa drei Monate in Anspruch nehmen. Inhaltlich sei der Antrag identisch mit dem für das Gelände an der Funkschneise vorgelegten Antrag. Die Fläche jetzt liege in einem Industriegebiet. Dort sei ein solcher Betrieb planungsrechtlich genehmigungsfähig.

Herr Senator Lohse ergänzt, dass es sich um eine gebundene Entscheidung der Verwaltung handle. Die Verwaltung prüfe, ob die Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen. Wenn die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt seien, dann bestehe ein Anspruch auf Genehmigung..

Frau Dr. Schaefer und Herr Arndt möchten wissen, ob es eine zahlenmäßige Begrenzung für Betriebe nach dem BImSchG gebe.

Herr Arndt fordert ein Entsorgungskonzept für die ganze Stadt vorzulegen.

Herr Viering erklärt, dass die Baunutzungsverordnung Industriegebiete insbesondere für solche Betriebe vorhalte, die in anderen Gebieten nicht zulässig seien. Es werde immer eine Einzelfallprüfung durchgeführt, die Besonderheiten hinsichtlich Anzahl, Umfang, Lage, Zweckbestimmung u. ä. berücksichtige. Wenn aber der Betrieb sicher zu führen sei, dann sei zu vermuten, dass auch diese Prüfung zum Ergebnis kommt, dass er zulässig wäre.

TOP 10d	Herr Imhoff bittet um einen Bericht zum Gutachten zum Tanklagers in Farge	
----------------	--	--

Frau Kamp berichtet, dass die Gutachten zum Verladebahnhof I und zum Verladebahnhof II beide noch nicht vorliegen. Wenn die Gutachten vorliegen, sollen sie in der Deputation vorgestellt werden und den Fraktionen jeweils ein Exemplar zur Verfügung gestellt werden.

TOP 10d	Herr Imhoff bittet um einen kurzen mündlichen Bericht zum zeitlichen Ablauf der Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsprogramms.	
----------------	--	--

Frau Urban berichtet, dass sich die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes derzeit im Stadium der frühzeitigen Bürger- und Behördenbeteiligung befinde. Stellungnahmen können bis zum am 28. März abgegeben werden. Die Planungen seien in den Beiräten vorgestellt worden, zwei Beiratsveranstaltungen stünden noch aus, soweit möglich erfolge die Vorstellung gemeinsam mit dem Landschaftsprogramm. Es folgen noch Erörterungen in den Bauausschüssen. Zeitgleich laufe die Beteiligung übers Internet. Im Spätsommer solle die öffentliche Auslegung erfolgen.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 20. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll